

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853**

22.4.1853 (No. 95)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 22. April.

N. 95.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.  
Einkaufsgebühren: die gespaltene Zeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

## Telegraphische Depeschen \*).

\* **Turin**, Dienstag, 19. April. Der Ministerpräsident hat der Kammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, wornach den naturalisirten Lombarden, deren Güter sequestrirt worden, 400,000 Fr. vorgestreckt werden sollen.

\*  **Haag**, Mittwoch, 20. April. Das Ministerium ist abgetreten; das neue Ministerium ist, wie folgt, gebildet: v. Hall, auswärtige Angelegenheiten; Donker Curtius, Justiz; van Meenen, Inneres; Doorn, Finanzen.

\* **Kopenhagen**, Sonntag, 17. April. Gestern hielt der Reichstag eine Sitzung, die bis tief in die Nacht dauerte; die Abstimmung (bekanntlich die Schlussabstimmung in der ganzen Angelegenheit) über das Erbfolagesetz ist noch nicht erfolgt.

\* **Kopenhagen**, Montag, 18. April. Heute hat im Reichstag die Abstimmung über die königl. Botschaft wegen der Erbfolge stattgefunden. Der damit in Uebereinstimmung stehende Schlussantrag \*\*) wurde mit 97 gegen 45 Stimmen abgelehnt (ist also, weil Dreiviertel-Majorität nöthig ist, verworfen).

\* **Konstantinopel**, 12. April. (Frankf. Bl.) Das Galazer Dampfschiff bringt die Nachricht, daß die Aufregung im Wachsen begriffen ist und die allgemeine Bewaffnung fortgeschritten. — In Brussa (Anatolien) war eine Christenverfolgung ausgebrochen, bei der mehrere Tödtungen vorkamen. (Der neue Kurztel aus Wien enthält die Mittheilung, daß in Konstantinopel ein kleiner Krawall ausgebrochen, aber unterdrückt worden ist.)

\* **Kopenhagen**, Dienstag, 19. April. Beide Dinge sind auf elst und Newahlen angeordnet worden; für das Volksting auf den 27. Mai und für das Landsting auf den 3. Juni. Das Gerücht geht, die Minister Wang und Symony hätten ihre Entlassung eingereicht.

\* **Konstantinopel**. Der englische Gesandte, Sir Stratford P. Redcliffe hatte bereits eine Audienz beim Sultan. Am 11. April drangte Fürst Mensikoff die Pforte und soll mit seiner Abreise gedroht haben. Um 12 Uhr Mittags hat ein großer Aufruhr stattgefunden; Konstantinopel und seine Umgebung war durch die in ihrem Stolz beleidigte alttürkische Partei aufgeregt worden. Die türkische Regierung leistete Widerstand. Russische Dampfschiffe sind zum Schutze der Christen nach Gemlech abgegangen. Es wurde für möglich gehalten, daß Rußland der Pforte Hilfe und Schutz anbieten werde. \*\*\*)

\*) Angewonnen in Karlsruhe 20. d., Nachts 10 Uhr; konnte deshalb in der gehörigen Nummer unseres Blattes nicht mehr aufgenommen werden.

\*\*) S. unten den Wortlaut desselben. D. N.

\*\*\*) Angewonnen in Karlsruhe 21., Abends 6 Uhr.

## Das Urtheil eines Präsidenten der nordamerikanischen Union über die französische Revolution und die Republik in Europa.

Der Meinung gegenüber, daß die Monarchie in Europa sich überlebt habe, und die Republik die Staatsform der Zukunft sein werde, steht nicht nur das besonnene Urtheil gewiegener Historiker und Staatsmänner Europa's, sondern selbst das eines Präsidenten der nordamerikanischen Freistaaten entgegen, das des berühmten Thomas Jefferson, der im Jahr 1826 als dreihundachtzigjähriger Greis allverehrt gestorben ist.

Dieser Mann war kurz vor dem Ausbruch der Revolution von 1789 Gesandter der Union in Paris, und hat von da an alle großen europäischen Krisen in den innern und äußern Verhältnissen unseres Welttheils miterlebt. Sein Briefwechsel und seine Memoiren sind veröffentlicht und im höchsten Grade interessant und belehrend. Sie geben unter Anderm den Beweis, daß dieser ohne Zweifel aufrichtige Republikaner bereits im Jahr 89 in der Revolution ein Unglück für Frankreich erblickte, und noch am Schlusse seiner Laufbahn die Einführung einer Republik für ganz unverträglich mit den Lebensbedingungen der europäischen Gesellschaft hielt. Es läßt sich annehmen, daß einem Manne wie ihm die der Februarrevolution gefolgten Ereignisse eben kein Anlaß zu entgegengesetzten Urtheilen gewesen sein würden. Es läßt sich im Gegentheil mit großer Wahrscheinlichkeit annehmen, daß er wohl erkannt haben würde, wie nach einem in aller Geschichte bewährten Gesez jene Ereignisse, die zum Sturze der „konstitutionellen“ Monarchie führen sollten, vielmehr zur absoluten zurückführen mußten, als zum Siege der Demokratie und einer naturwüchsigen Republik führen konnten; er würde aller Wahrscheinlichkeit nach in den Massenerhebungen von 1848 so wenig den Keim eines politischen Fortschritts erblickt haben, als in denen von 1789 u. ff., und schwerlich von künftigen ähnlichen Massenbewegungen das Heil Europa's erwartet haben; denn seit seinem Tode haben sich weder die gesellschaftlichen Verhältnisse Europa's in der Weise verändert, daß sie nun die Republik verlangten oder auch nur möglich machten, noch läßt sich erwarten, daß in

Zukunft die Massen sich als Faktoren des politischen Fortschritts und staatenbildender Prinzipien fähiger zeigen werden, als sie Dies bisher gethan haben. Weder in der Religion, noch in der Politik wird jemals die bedingende und bildende Macht der Persönlichkeiten hinter die der Massen zurücktreten, und in jeder Revolution die Massen stets nur im Sinn und im Interesse von Demagogen zu handeln versehen.

Doch kehren wir zu Jefferson zurück. Sicher hielt er für sein Vaterland die Republik für die beste, weil die natürlichste und den Gesellschaftsverhältnissen wie der Geschichte der Kolonien entsprechende Staatsform. Dies aber hielt ihn nicht ab, gleich im Beginn der Revolution von 1789 sich entschieden für das Festhalten am Königthum in Frankreich auszusprechen. Er erzählt, wie er mit den einflussreichsten Mitgliedern der konstituierenden Versammlung, die ihm als einem Mann, dessen Vaterland eben seine Freiheit errungen gehabt, ihr Vertrauen geschenkt, Beratungen über den Gang geknüpft, den sie einzuhalten hätten. Er habe ihnen gerathen, mit der Krone sich zu verständigen, die ihnen folgende neun Punkte zu bewilligen geneigt gewesen: 1) Eine Habeas-Corpus-Akte zur Sicherheit der Personen. 2) Gewissensfreiheit. 3) Pressefreiheit. 4) Schwurgerichte. 5) Volksvertretung. 6) Jährliche Parlamente. 7) Die Initiative in der Gesetzgebung. 8) Das ausschließliche Recht, Steuern aufzulegen und ihre Verwendung zu bestimmen. 9) Verantwortlichkeit der Minister. „Aber — sagt er — die „Patrioten“ urtheilten anders, und — die Ereignisse haben einen grausamen Beweis ihres Irrthums geliefert; denn nach 30 Jahren innerer und äußerer Kriege, nach dem Verlust von einer Million Menschen und der Zerstörung jedes Wohls der Einzelnen, nachdem sie ihr Land für einige Zeit von fremden Truppen besetzt gesehen, haben sie nicht mehr erhalten, und nicht einmal dafür genügende Sicherheit.“

So schrieb Jefferson im Jahr 1823. In demselben Jahre aber schrieb er auch folgende Worte in einem Brief an Lafayette, der, halb Phantast, halb Intriguant, von Mirabeau schon in seiner ganzen politischen Verberheit erkannt, sein Lebenlang sich durch amerikanische Erinnerungen verwirren ließ:

„Sie wissen, daß ich schon in der Zeit meines Zusammenlebens mit Ihnen daran zweifelte, ob der Zustand der Gesellschaft in Europa eine republikanische Regierung vertragen, und ich zweifle noch daran. Mit einem erblichen, aber in gemessenen Schranken gehaltenen Oberhaupt, mit einem gesegneten Körper, der das Recht der Kriegserklärung hat (Mirabeau wahrte mit Recht dieses Recht der Krone), mit einem streng sparsamen Staatshaushalt, der Abweisung jeder unnützen Ausgabe, kann man in einem hohen Grade die Bedingungen einer rechthaffenen, von jeder Unterdrückung entfernten Regierung verwirklichen; aber die Bürgerschaft für Alles ist eine freie Presse. Es ist möglich, der öffentlichen Meinung zu widersprechen, wenn sie das Recht hat, sich zu äußern.“

Die Pressefreiheit unserer Revolutionszeit hat Jefferson nicht gemeint, denn hier stand sie zugleich auf dem Papier, war aber nirgends zu finden, als in dem Paragraphen des Gesetzes, der sie gewährte.

Im Jahr 1789 fertigte Jefferson selbst einen Verfassungsentwurf für das neue Frankreich. Er dachte nicht daran, die Republik einzuführen, sondern hielt fest an der Monarchie. Er wollte, daß die Nationalversammlung annehme, was die Krone im Sinn seiner Vorschläge ihr biete, und dann sich auflöse. „So“, sagt er, „würden Sie Ihren Kommittenten größere Vortheile nach Hause mitbringen, als man jemals vorher erlangt hat, und zwar ohne Gewalt anzuwenden, und Sie würden gerade an dem Punkte Halt machen, wo die Gewalt unvermeidlich werden würde.“

Seine Rathschläge wurden nicht beachtet, und am 28. Aug. 1791 schreibt er: „Die Hefe der Volkspartei, Menschen mit verkehrten Grundfägen, die im Ruin ihres Landes eine Gelegenheit zu Verbesserung ihrer verzweifelten Vermögensverhältnisse zu finden hoffen, verbinden sich mit der Partei des Herzogs von Orleans. Diese Faktion bearbeitet die Bevölkerung, und sein Name und sein Geld sind nur Mittel in den Händen Derer, die ihn zum Besten haben.“

Zu welchem Ziele die Massenbewegung Frankreich im Jahr 1848 geführt hat, ist bekannt; welches Ziel die Massenbewegung im Auge hatte, die von Cavaignac im Blut erstickt wurde, ist bekannt; welches Ziel die Massenbewegungen im Auge hätten, die von den Demagogen im Eris für die Zukunft in Aussicht gestellt sind, ist Niemanden zweifelhaft. Wenn solchen Massenbewegungen daher die Monarchie die geziemenden Schranken setzt, wenn sie dabei aber ihrerseits diejenigen Schranken bestehen läßt, welche die vernünftige Freiheit gegen Willkür schützen, wie denn nirgends in Deutschland das konstitutionelle Prinzip in Frage gestellt ist, so ist die Sache des politischen Fortschritts dadurch in keiner Weise gefährdet, sondern geschützt. Besteht aber das vernünftige demokratische Prinzip auch innerhalb der Monarchie in dem Recht der Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung vermittelt seiner Vertreter, und in einem gewissen Maß von Selbst-government in der Gemeinde, so bedarf es keiner künftigen Massenbewegung, um hierzu zu gelangen;

denn diese Berufung des Volkes zur Theilnahme an politischer Thätigkeit ist bereits erfolgt, und es ist das Verdienst der Monarchie, sie verwirklicht zu haben.

Vor einem Regiment der unbefestigten Völkern aber wird hoffentlich der liebe Herrgott uns in Gnaden bewahren; es sei denn, daß man noch nicht hinlänglich zur Klarheit gekommen wäre, und noch einer weiteren Züchtigung bedürfte.

Zur Ehre des deutschen Volkes wollen wir hoffen, daß es der Meinung des Präsidenten Jefferson sein wird.

## Deutschland.

\*\*\* **Vom Mittelrhein**, 16. April. Ihr Blatt gehört nicht zu denjenigen, welche einen Sögenbienst mit politischen Formen treiben, und in Folge dessen z. B. von Verfassungen als solchen allein schon das Heil erwarten. So wenig die Gesetze allein hinreichen, einen Staat glücklich zu machen, so wenig die Verfassungen. Gesetze und Verfassungen sind Formen, deren Werth oder Unwerth abhängt von dem Geiste, mit dem sie erfüllt werden. Einem entarteten, verkommnen, in sittlicher Fäulniß absterbenden Volke ist weder mit Gesetzen noch Verfassungen mehr zu helfen; es verfällt unrettbar dem geschichtlichen Tode. Wir Deutsche sind noch im Besitz unserer geistigen Kraft, und auch an sittlichem Werthe stehen wir hinter andern Völkern nicht zurück, obwohl auch wir nicht ungeriffen geblieben sind von der allgemeinen Krankheit, und die Spuren derselben an uns sich zeigen. In jedem Falle wohnt uns die Kraft bei, eine Krisis glücklich zu überstehen, und deshalb verlohnt sich die Frage nach den Heilmitteln, die zur vollen Genesung führen können. Zu diesen Heilmitteln gehört denn auch allerdings die Frage, welches für unsere Zustände die entsprekendste Form des öffentlichen Lebens sei. Und hier sind die deutschen Regierungen darüber einig, daß kein Grund vorliegt, das Prinzip der konstitutionellen Verfassung aufzugeben, so sehr sie auch, und mit Recht, darauf halten, daß es nicht ein forrosives Gift werde, welches die Monarchie und mit ihr den Staat zu Grunde richte. Die falsche Anwendung und Ausbildung eines Prinzips aber beweist Nichts gegen die Wahrheit desselben in seiner richtigen Auffassung. Das Prinzip der konstitutionellen Monarchie in seiner Wahrheit ist nun nicht sowohl eine Schwächung der fürstlichen Gewalt, die in ihrer Wesenheit unangetastet bleiben muß, sondern weit mehr eine Schranke gegen die Willkür Derer, welche die Organe derselben sind und als solche oft auch den besten fürstlichen Willen lähmen. Die Feudalmonarchie war auch eine Beschränkung der Monarchie, und die Geschichte zeigt, daß in ihr der Monarch selbst weit weniger Macht hatte, als in der konstitutionellen. Der Absolutismus war das Ergebnis der Reaktion des Fürstenthums gegen diese Schranken; er hat das Verdienst, den Staat zuerst zu einer festen Einheit gebunden zu haben; sein Uebel war, daß er Dies that auf Unkosten der lebendigen Thätigkeit der gesellschaftlichen Glieder, des Adels, Bürger- und Bauernstandes.

Der Fortschritt in der konstitutionellen Monarchie aber ist der, daß sie dem Prinzip der Staatseinheit eine neue Grundlage gibt in Heranziehung dieser Glieder zur politischen Thätigkeit in der Form, die die Verhältnisse nothwendig machen. Sie ist, richtig aufgefaßt, daher auch für den Adel eine Rehabilitirung seiner politischen Bedeutung, die dem Wesen nach in dem Absolutismus sich verflüchtigt hatte. Er hat daher am wenigsten Grund, dem konstitutionellen Prinzip als solchem gram zu sein, gewiß da nicht, wo es ihm das Recht der Vertretung im Organismus der Verfassung gesichert hat. Dieses Recht ist allerdings in den Zeiten der demokratischen Begriffsverwirrung in Abrede gestellt worden, allein über diese sind wir hoffentlich hinaus, und die besonnenere Würdigung eines auf geschichtliche, naturgemäße Verhältnisse gegründeten Konstitutionalismus wird mehr und mehr sich wieder Bahn brechen. Auch Das kann man zugeben, daß, wenn bloß die Wahl freistände zwischen absoluter Anarchie und absoluter Monarchie, kein Vernünftiger die erstere vorziehen würde. Warum aber das Heil in einem Extrem suchen, wo ein Drittes gegeben ist, in welchem Einheit und lebendige Gliederung, Freiheit und Ordnung unter dem Schutze eines über alle Interessen und individuellen Rechte wachenden und sie zu gemeinsamer Aktion für das Ganze leitenden Fürstenthums verbunden sind? Ein Prinzip, das in seiner Entwicklung den ganzen Staat ergreift, und in seiner Anwendung vielfachen Modifikationen unterliegt nach den lokalen Verhältnissen, braucht aber Zeit dazu, zumal wenn man auf Irrwege gerathen ist. Man suche den rechten Weg zu finden, der zum Ziele führt, aber verschmähe nicht das Ziel, welches nicht menschliche Willkür, sondern göttliche Führung gesteckt hat.

\*\*\* **Mannheim**, 20. April. Gestern Abend wurden fünf beim Herstellen der Fundamentgrube zur Erweiterung des Theatergebäudes beschäftigte Arbeiter plötzlich durch den Einsturz des Sand-Taluts verschüttet. Glücklicherweise kamen drei mit dem Schreck davon; zwei wurden leicht beschädigt. Die Herstellungs der Fundamentgruben ergibt eine solche Masse Sandes, daß keine Anschaffung dieses Materials zum Neubau weiter nöthig werden wird. — Der seitiger Oberregisseur bei dem hiesigen Theater, H. Düringer, ist heute

Morgen nach seinem neuen Wirkungskreis in Berlin abgereist; an seine Stelle tritt demnach Dr. Meyer, technischer Direktor des Theaters in Wiesbaden.

**Nastatt, 20. April.** Heute früh verließen uns von der österreichischen Garnison, unter Russ und sonstigen militärischen Ehrenbezeichnungen, über 600 Mann, welche theils ausgedient haben, theils unbestimmten langen Urlaub antreten. In kurzer Zeit werden dafür die Ersatzmannschaft und die Cadres des 4. Bataillons des Regiments Benedek einrücken, wodurch das hiesige österreichische Offiziercorps beträchtlichen Zuwachs erhält. Wie der Schloßgarten und der Exercierplatz von Kommandowörtern und dem lauten Zählen der Tempo's durch die Rekruten des badischen Regiments ertönt, so erschallen in dem benachbarten Iffezheimer Walde die Knalle von Scheibenschießübungen. Auch an den Länetten am Bahnhofe, die ihrer Vollendung nahe sind, wird rüstig gearbeitet, und wohin wir blicken, überall begegnen wir militärischer Regsamkeit.

**Freiburg, 20. April.** Gestern und heute stand Karl Haas von Staufen, der Tödtung seiner Ehefrau angeklagt, vor den Schranken des Schwurgerichts. Das Urtheil lautete — in Folge der milderen Umstände, die sich im Laufe der Untersuchung ergaben — auf dreijährige Arbeitshausstrafe nebst Kosten des Prozesses und Strafvollzugs.

**Konstanz, 20. April.** Nach einer Bekanntmachung des hiesigen Bezirksamts vom 15. l. M. wurden, wie sich bei einer Untersuchung herausstellte, im Monat Dezember v. J. und im Januar d. J. einem hiesigen Einwohner von London aus mittelst eines Briefs, der die Unterschrift „Direktion der Aktiengesellschaft Fortuna“ hatte, ein Agenturpatent, eine Anzahl Prospektus dieser Gesellschaft zur 27. Prämienvertheilung von 28,500 Aktien ohne Nieten, und 150 Stück Loose zu 42 fr., 1 fl. 24 fr. und 1 fl. 55 fr. übersendet. Von diesen Loosen behauptet der Empfänger 59 abgesetzt und den Erlös nach Abzug der ihm verwilligten 25 Proz. zufolge erhaltener Anweisung an den Agenten der Gesellschaft, Kaufmann J. J. Vehnshau in Lübeck, geschickt zu haben. Nach den bisherigen Ermittlungen besteht aber eine solche Gesellschaft zu London unter gesetzlicher Autorität nicht, und höchst wahrscheinlich ist der Zweck der Lotterie kein anderer, als auf diesem Wege Geld für die politischen Flüchtlinge in London, insbesondere zur Durchführung ihrer Pläne für Revolutionirung des Kontinents, zusammenzubringen. Am Schlusse der Bekanntmachung ist sodann vor dem Erwerb dieser Lose gewarnt, und sind die Ortspolizeibehörden angewiesen, auf deren Verbreiter strenge zu fahnden. Diese Thatsache zeigt von neuem, wie rastlos thätig die Umsturzpartei ist, und welcher Strenge und Wachsamkeit es ihrem raffinierten Treiben gegenüber bedarf.

**Konstanz, 21. April.** Unser Münsterbau ist jetzt wieder in Angriff genommen. Während des Winters konnten in Folge des gelinden Wetters die Steinhauearbeiten für den neuen Thurm zum größten Theil vollendet werden, was natürlich ein bedeutender Vortheil ist. Ueberhaupt nimmt dies Werk unter der Leitung des tüchtigen Architekten Dyckerhoff einen so sichtlichen Fortgang, daß die Hoffnung, der Thurm werde noch in diesem Jahre fertig werden, immer mehr an Bestand gewinnt. Auch für die Reparaturen ist schon viel geschehen, und vielleicht ist der Zeitpunkt der gänzlichen Wiederherstellung des herrlichen Gotteshauses nicht mehr sehr fern.

**Stuttgart, 20. April.** Die zweitägige Debatte über den weiten Bericht der Ablosungskommission über die Beschlüsse der Kammer der Standesherrn zu dem Gesetzentwurf in Betreff der Ablösung der auf Gütern ruhenden Lasten für öffentliche Zwecke hat abermals zu keinem Resultat geführt, indem sämtliche zu einer Verständigung führende Anträge von der Zweiten Kammer verworfen wurden. So fatal dieses Resultat ist, so war es doch fast vorauszu sehen; es stehen sich hier nämlich zu sehr widerstreitende Interessen von verschiedenen Seiten entgegen. Auf einer Seite stehen der größere Grundbesitz, die Gültberechtigten u., welche fest daran halten, in keinem größeren Maßstab ihre Verbindlichkeiten abzulösen, als man ihre Gerechtfame abgelöst hatte; auf der andern Seite stehen die, welche nicht zugeben wollen, daß der Ausfall, der durch einen geringen Ablösungsmaßstab entstehen müsse, den Gemeinden oder dem Staate zur Last falle; gegen Letzteres wehrt sich auch die Regierung; eine dritte Fraktion findet keine Unbilligkeit darin, daß die Berechtigungen im 16fachen, die Gegenleistungen aber in höherem Maßstabe abgelöst werden; eine vierte Fraktion, bei welcher sich die Geistlichkeit befindet, macht geltend, daß die Kirche durch die Ablösungen genug verloren habe und deshalb außer Stande sei, einen abermaligen Verlust durch zu geringe Entschädigung für die zu leistenden Verpflichtungen zu ertragen. Der Gesetzentwurf mußte also fallen, und es hängt nur von dem Ermessen der Regierung ab, ob sie es mit einem neuen Entwurfe nochmals probiren will und ob derselbe nur die Komplexlasten oder gar das ganze Ablösungsgesetz berühren soll. Die Sache ruht also vorerst, da die Kammer zunächst mit dem Gesetzentwurf über die Ausschanksabgabe von Wein und Obst sich beschäftigen wird. Hierzu wird sie mindestens zwei Wochen brauchen, da der Entwurf nicht weniger als 39 Punkte enthält, zu denen im Kommissionsbericht eine Menge von Anträgen gestellt ist. Wenn man also von diesem auf die Debatten schließen darf, so werden sie sehr langwierig werden.

Gestern starb hier im besten Mannesalter Obermedizinalrath Hofarzt v. Hardegg, nach längerer Krankheit. Die Wissenschaft wie das Publikum erleiden dadurch einen großen Verlust, indem Hardegg im Kollegium eine eben so hervorragende Stellung einnahm, wie am Krankenbett. Se. Maj. der König hatte ihn jüngst noch an seinem Schmerzenslager besucht: ein Beweis der hohen Achtung, welche der Verstorbenen von Seiten seines Monarchen genoss. Auch Ihre Kön. Hoheit die Frau Kronprinzessin ließ es sich nicht nehmen, den geschätzten Arzt durch einen Besuch seiner Familie und mancherlei Aufmerksamkeiten zu erfreuen.

**Darmstadt, 19. April.** Bekanntlich war der Abg. Müller-Melchior in 2. Instanz von dem Gr. Obergerichte in Mainz wegen Mithilfe bei Verbreitung seiner in Zweiter Kammer bezüglich der Zollvereins-Verhältnisse gehaltenen, Schmähungen der Gr. Zivilministerien enthaltenden Rede zu 2 Monaten Gefängnis verurtheilt worden. Er ergriff dagegen das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde. Die Sache kam der „Darmst. Ztg.“ zufolge gestern vor dem Gr. Kassationshofe vor, der die von Hrn. Müller-Melchior persönlich vertheidigte Einrede verwarf und das zweitinstanzliche Urtheil aufrecht erhält.

**Hannover, 14. April.** Die Eröffnung der Südbahn bis Alfeld ist nunmehr auf den 1. Mai, als den spätesten Termin, festgesetzt.

**Moskau, 15. April.** Nachdem der Rath noch gestern Abend, Angesichts der drohenden Zwangsmaßregeln, seine Bereitwilligkeit zur Erfüllung der Forderungen des Regierungskommissarius, jedoch unter Verwahrung der Rechte der Stadt, erklärt hatte, sind die Exekutionstruppen heute Nachmittag 4 1/2 Uhr wieder abmarschirt und mit dem gewöhnlichen, um 4 Uhr 40 Min. abgehenden Personenzuge in ihren Garnisonsort Bismar zurückgeführt. Der Rath ist, wie die „R. Z.“ hört, jetzt Willens, den Rechtsweg zu beschreiten.

**Berlin, 19. April.** Die hiesige radikale Partei hat bekanntlich auch nach dem Untergang der Urwählerzeitung wieder ihr eigenes Organ. Die an Stelle des Urwählers herausgegebene „Volks-Zeitung“ ist den Gefahren vorläufiger Beschlagnahme entronnen und erscheint nunmehr ungehört seit acht Tagen. In der Stadt hatte sich bereits die Meinung verbreitet, es solle ein derartiges Blatt hier gar nicht wieder zu Tage treten. Man ging dabei von der sicherlich nicht unrichtigen Ueberzeugung aus, daß der Staat nicht gehalten sein könne, Leuten freien Spielraum der Wirksamkeit zu gewähren, welche sich seit Jahren als die offenen Feinde aller bestehenden Ordnungen in Staat und Gesellschaft angeündigt und bethätigt haben. Indessen das neue radikale Organ, die „Volks-Zeitung“ erscheint, und zwar, wie sie selbst ausspricht, als die berechtigte Erbin der Urwähler-Zeitung. Nur will sie ein wenig anders auftreten, als ihr etwas zu heißblütige Vorgängerin, und in der That zeigt sie in ihrer Haltung ein sichtliches Streben nach Vorsicht. Sie nimmt den Kampf nicht auf, wo ihn die Urwählerzeitung mühe fallen lassen. Ihre Absicht ist, einen Erfas derselben, keine Fortsetzung zu bieten; und zwar will sie den „Todesmuth“ jener durch einen ersten Lebensmuth ersetzen, d. h. auch sie „fühlt den wilden Schmerz einer zur Täuschung gewordenen großen Lebenshoffnung.“ Aber sie kämpft gleichzeitig diesen Schmerz nieder und — wählt in etwas weniger polizeiwidrigen Formen. Dies das Programm des neuen Blattes und dem entsprechend sein Ton und sein Gedankengang. Die grundsätzliche Unzufriedenheit als Voraussetzung, die Verachtung jeder legalen Autorität als stillschweigendes Prinzip — und dies die tägliche geistige Nahrung eines großen Theils unserer niederen Bevölkerung!

Se. Königl. Hoheit der Kurfürst von Hessen wird bis Ende dieser Woche in der preussischen Hauptstadt verweilen. Der Aufenthalt Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen in Berlin dürfte sichern Vernehmen nach sich bis Ende Mai ausdehnen. Die Frau Prinzessin von Preußen Königl. Hoheit, welche Anfangs Mai Koblenz verläßt und nach einem Aufenthalt in Weimar zum Pfingstfeste hier erwartet wird, nimmt alsdann für mehrere Wochen ihre Residenz auf dem Sommerhoffe Babertsberg bei Potsdam. Das vor kurzem umlaufende Gerücht: der Kommandirende in den Marken, General v. Wrangel, werde sich demnächst in den Ruhestand zurückziehen und Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen werde in dessen Stelle das Oberkommando über das Gardecorps und das dritte Armeekorps übernehmen, findet bis jetzt an sonst gut unterrichteter Stelle noch keinerlei Bestätigung.

Se. Maj. der König begab sich heute Vormittag gegen 10 Uhr auf der Eisenbahn nach Potsdam, um dort die gestern begonnene Truppeninspektion fortzusetzen. Zugleich mit Sr. Majestät gingen J. J. K. H. der Kurfürst von Hessen, der Prinz von Preußen und der Prinz Albrecht nach Potsdam. Die hohen Herrschaften kehrten von dort gegen Abend zurück und besuchten im Opernhause die Vorstellung des Ballets „Satanella“.

In der Stadt verbreitet sich das Gerücht, der frühere Generalintendant der königl. Schauspiele, Graf Redern, jetziger Intendant der königl. Hofmusik, habe die Ernennung zum Erb-Truchseß erhalten.

Unsere Witterung gibt wenig Hoffnung auf eine baldige volle Entfaltung der Frühlingspracht. Die anhaltenden Nachfröste hindern sichtlich das Fortschreiten der Vegetation, welche auch von den kalten, mit Schnee und Regen vermischten Tagen keine wesentliche Förderung erhält.

#### Frankreich.

**Paris, 19. April.** Der Baron v. Varennes, früher Gesandter von Berlin, hat vom König von Preußen das Großkreuz des Roten-Adler-Ordens erhalten.

Die heutigen Blätter theilen den Artikel der „Deserr. Corresp.“ über die Sequestration der Güter der lombardischen Flüchtlinge mit, und zwar meist ohne eine eigene Ansicht beizufügen. Es mag Dies zum Theil daher kommen, daß sie diese Frage schon so vielfach besprochen haben. Daß die meisten mit der Maßregel nicht einverstanden sind — sollte es auch nur sein, weil damit Unschuldige wie Schuldige getroffen würden — wurde schon erwähnt. Nur die „Union“ redet Deserrich das Wort; sie gibt zwar zu, daß die von ihm ergriffenen Maßregeln zuweilen von den gewöhnlichen Regeln abweichen, entschuldigt Dies aber dadurch, daß seine Lage auch eine ganz außergewöhnliche sei, und erinnert daran, daß Sardinien nicht allein Krieg gegen Deserrich geführt, sondern daß nach Beendigung desselben 50,000 Lombarden und Venetianer zu sardinischen Staatsbürgern naturalisirt worden seien. Der „Constitutionnel“ sucht der Deutschrift

des Turiner Hofes seine Wichtigkeit zu nehmen, indem er versichert, daß die Zwistigkeiten zwischen Deserrich und Sardinien auf friedliche Weise beigelegt werden würden. Zum Beleg seiner Meinung veröffentlicht er einen Privatbrief aus Turin, worin ihn sein Korrespondent versichert, daß Deserrich, obgleich es den Reklamationen Piemonts auf direkte Weise keine Genugthuung geben werde, doch Das thun werde, was die sardinische Regierung verlange, indem bei der bevorstehenden Reise des österreichischen Kaisers nach Oberitalien das Konfiskationsdekret durch einen Gnadenakt aufgehoben werden soll (?). Die Nachricht, daß das sardinische Ministerium gestern den Kammern einen Kredit von 400,000 Fr. zur Unterstützung der lombardischen Emigration vorgelegt hat, erregte hier einiges Aufsehen.

Der Marschall St. Arnaud wird morgen in Paris erwartet. — Ein gewisser Bergeron, der nach den Dezemberereignissen nach Algier deportirt worden war und später begnadigt wurde, ist auf Befehl des Polizeiministers verhaftet und nach Toulon gebracht worden, um in Korsika internirt zu werden. Derselbe hatte nach seiner Rückkehr in seine Heimath aufrührerische Redensarten geführt. — Der Pariser Revisionsrath hat die Urtheile des Kriegesgerichts gegen den Obersten v. Sercey und Perichard bestätigt. Ersterer wurde bekanntlich wegen Betrügerei zu 5 Jahren Gefängnis, Letzterer wegen Theilnahme an dem Zuzustand zur Deportation verurtheilt. Perichard war bekanntlich der Ermordung des Erzbischofs von Paris angeklagt, wurde aber wegen Mangels hinreichender Beweise freigesprochen. — Die „Union“ will aus Konstantinopel erfahren haben, daß der Fürst Menzifoff auch die Zurückgabe der Sophientirche an die Griechen verlangt habe, — ohne Zweifel nur eines jener tausendfältigen Gerüchte, die zur Zeit in der türkischen Hauptstadt im Schwange sind.

In Genf hat sich eine Gesellschaft zur Beförderung der Auswanderung nach Algerien gebildet, der man hier besonders deshalb große Wichtigkeit zuschreiben will, weil sie vielleicht noch mehr Kapitalien und Auswanderungsströmungen aus der Schweiz und Deutschland dorthin lenken könnte. Die Gesellschaft verlangt 20,000 Hektaren, wovon die Regierung ihr sogleich 10,000 zur Verfügung stellen will. Diese sollen in fünf gleiche Gemeinschaften getheilt werden, wovon jede ein Dorf von 50 Feuerstellen bildet. Die Kompagnie ist verpflichtet, in jedem dieser Dörfer 50 Häuser aus Mauersteinen aufzuführen zu lassen, die ein Ziegelbach oder nach arabischer Weise ein als Terrasse dienendes gemauertes Gewölbe tragen. Die Gesellschaft überläßt jeder Einwandererfamilie ein solches Haus um den Kostenpreis, der jedoch 2500 Fr. nicht überschreiten darf. Von den 2000 Hektaren, die zu einem Dorf gehören, sind 1000 den Kolonisten, 800 der Gesellschaft, 10 dem Geistlichen und Lehrer und 190 zum Gemeindegut bestimmt. Die Gesellschaft wählt die Kolonisten aus, jede Familie aber muß mindestens 3000 Fr. im Vermögen haben, wovon 1000 sogleich als Abschlag auf den Preis des Hauses bezahlt und 2000 in die Staatskasse deponirt werden, um den Kolonisten bei ihrer Ankunft an Ort und Stelle zur Beschaffung der ersten Bedürfnisse, wie Vieh, Geräthschaften u., zurückerstattet zu werden. Die Reise bezahlt der Fiskus. Die Gesellschaft hat 10 Jahre, um 10 Dörfer zu gründen, was aber mit dem ersten schon binnen zwei Jahren geschehen sein muß.

#### Niederlande.

**Haag, 18. April. (R. Z.)** In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer der Generalstaaten kam die Frage wegen Herstellung der katholischen Hierarchie abermals zur Erörterung. Auf die an das Ministerium gerichteten Fragen erklärte dasselbe, daß der diesseitige Gesandte in Rom die geeigneten Vorstellungen an die römische Kurie zu richten beauftragt, und für den Fall, daß dieselben nicht berücksichtigt würden, vorläufig in Urlaub zurückberufen sei. In Folge der Erläuterungen, welche diese Erklärung begleiteten, genehmigte die Kammer mit 40 gegen 12 Stimmen den nachstehenden, von Hrn. Doorn gestellten Antrag: „Die Kammer, nachdem sie die Mittheilungen der Regierung gehört hat, aus denen erhellt, daß nachdrückliche Vorstellungen an den römischen Hof gerichtet worden sind und gerichtet werden sollen, geht zur Tagesordnung über.“ Das Ministerium hat versprochen, daß es den Wortlaut der an die päpstliche Regierung gerichteten oder zu richtenden Vorstellungen auf das Bureau der Kammer niederlegen werde.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 16. April. (Fr. Z.)** Gestern hat die Schlußberatung des vereinigten Reichstags über die Erbfolgefrage bei nicht gefülltem Zuhörerraum begonnen. Nachdem der Präsident die Frage gestellt: „ob die zur Vorschlag gestellten Amendements mit einer einfachen oder mit der zum Endbeschlusse erforderlichen Dreiviertel-Majorität angenommen werden müßten“, und der Reichstag sich für die einfache Majorität bei allen der Schlußabstimmung vorangehenden Votirungen entschieden hatte, begann die Diskussion über die beiden zum Derschiedenen Anträge gestellten Abänderungsvorschläge, und nachdem der Präsident des Reichstags, Dersied, Madsig und Monrad für den ersten Abänderungsvorschlag: „Der vereinigte Reichstag ertheilt mit Bezug auf das Grundgesetz vom 5. Juni 1849, S. 4, soweit es ihn (statt das Königreich Dänemark) betrifft, seine Einwilligung dazu“, u. s. w. gesprochen, wurde dieser einstimmig mit 136 Stimmen angenommen. Dagegen wurde der zweite Abänderungsvorschlag: daß Se. Majestät die Thronfolge für die gesammte dänische Monarchie, in Uebereinstimmung mit dem in London unterm 8. Juni 1852 abgeschlossenen Traktate (statt mit dem Inhalte der königl. Botschaft an den Reichstag vom 5. Oktober 1852), ordne, den Zillsch (Ammann), nicht der jetzige Kabinetsekretär, Grundvig, Kierkegaard, Lindberg u. A. vertheidigt, mit 94 gegen 54 Stimmen verworfen. Unter diesen 54 Stimmen waren die 50 Unterzeichner beider Anträge, denen sich Rothe, P. D. Bruun, Kierkegaard und Westenholtz zugesellten. Heute Mittag 12 Uhr wird die Sitzung des vereinigten Reichstags, in

welcher die Schlussabstimmung über die Erbfolgefrage erfolgen soll, eröffnet. Der Antrag, wie er jetzt dem Reichstage vorliegt, nachdem der erste der beiden Abänderungsvorschläge angenommen, lautet: „Der vereinigte Reichstag erteilt, mit Bezug auf das Grundgesetz vom 5. Juni 1849, §. 4, soweit es ihn betrifft, seine Einwilligung dazu, daß Se. Maj. die Thronfolge für die gesammte dänische Monarchie in Uebereinstimmung mit dem Inhalte der königl. Botschaft an den Reichstag vom 4. Oktober 1852 bringt.“ Wenn nicht besondere Einflüsse sich geltend machen, so ist nicht zu erwarten, daß diesem Antrage die verfassungsmäßige Dreiviertel-Majorität werden wird, und so ist die königl. Botschaft abermals verworfen.

### Großbritannien.

London, 19. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses legte der Schatzkanzler (Gladstone) dem als Komitee konstituirten Hause sein finanzielles Budget für das nächste Verwaltungsjahr in einer Rede vor, die fünf volle Stunden dauerte. Ihr Hauptinhalt ist folgender: Er zeigt, daß im vergangenen Jahr ein Ueberschuß von 2,460,000 Pf. St., in diesem Jahr dagegen ein viel kleinerer disponibel sei. Er setzt ferner in sehr klarer und ausführlicher Weise die Finanzlage des Landes auseinander, und sucht zu beweisen, daß man die Einkommensteuer bei den gegenwärtigen Verhältnissen nicht angreifen dürfe. Doch befreit er die Annahme, daß diese Steuer für alle Zeiten als Einnahmsquelle beibehalten werden müsse, und schlägt vor, sie in der bisherigen Weise noch 2 Jahre bestehen zu lassen; vom April 1855 bis 1857 werde sie auf 6 Pf. vom Pf. St. reduziert (jetzt wird 7 Pf. vom Pf. St. bezahlt); von 1857 bis 1860 auf 5 Pf. vom Pf. St., und dann erst wäre man in der Lage, sie gänzlich fallen zu lassen. Was die Ausnahmen dieser Besteuerung betrifft, erkenne er deren Unbilligkeit eben so wohl, wie der letzte Schatzkanzler (Disraeli) an, und wolle er für die Zukunft auch jedes Einkommen über 100 Pf. St. (bis jetzt war das Minimum 150 Pf. St.) besteuert wissen, die Steuer selbst aber auch auf Irland ausdehnen. Durch letztere Maßregel würde die Einkommensteuer jährlich 460,000 Pf. St. mehr abwerfen; aber da sie erst vom künftigen Januar an in Geltung kommen würde, fallen auf dieses Verwaltungsjahr nur 230,000 Pf. St. — Durch die Erweiterung der Einkommensteuer auf jedes Einkommen bis 100 Pf. St. herab ließe sich eine Mehreinnahme von 125,000 Pf. St., durch die Ausdehnung derselben auf Irland eine Mehreinnahme von 230,000 Pf. St., somit zusammen eine Mehreinnahme von 355,000 Pf. St. (folglich 5,845,000 Pf. St.) erzielen.

Außerdem soll ausgedehnt werden: die Vermögenssteuer auf alle Hinterlassenschaften; dadurch würden die Revenuen von 1853 — 54 um 500,000 Pf. St., von 1854 — 55 um 700,000 Pf. St. vermehrt werden, so daß dadurch dem Lande in Allem ein jährlicher Einnahmewachst von 2,000,000 Pf. St. entstehen müßte. — Zunächst kommt der Schatzkanzler nun auf die Steuer geistiger Getränke zu sprechen, und macht betreffs Schottland den Vorschlag, die gegenwärtige Taxe um 1 Sh. zu erhöhen; dadurch, und selbst nach Abschlag Dessen, was bei der Lagerung in bond verloren geht, würde sich ein Mehrertrag von 278,000 Pf. St. herausstellen. In Irland soll die Erhöhung per Gallone 8 Pf., der Gewinn für die Regierung durch dieselbe 198,000 Pf. St. ausmachen. — Es sollen überdies die Befugnisse für gewisse Gewerbe (Tabakhandlungen im Großen und ähnl.) erhöht, und auch aus diesen Erhöhungen 113,000 Pf. St. genommen werden. — Diese Zuwachserträge und der vorhandene Ueberschuß von 805,000 Pf. St. ergaben zusammen die Summe von 2,149,000 Pf. St. — Wie soll nun diese Summe andererseits zum Besten der Gesamtheit vertheilt werden? — Vor Allem will der Schatzkanzler Irland für seine erhöhte Besteuerung dadurch entschädigen, daß er dessen sämtliche sogenannte konsolidirte Leihrenten (mit andern Worten den vom 29. Sept. vergangenen Jahres restirenden Schuldbetrag Irlands gegen England) annullirt. Was die

Steuer- und Zollermäßigung (im Gegensatz zu den vorgeschlagenen Erhöhungen) fürs ganze vereinigte Königreich betrifft, schlägt er vor: die Abschaffung der Taxe auf Seife — Ermäßigung in der Stempeltaxe für Empfangscheine — Ermäßigung in den Taxen der Lebensversicherungs-Anstalten — einen allgemeinen Pennystempel für Bescheinigungs- und ähnliche Urkunden — eine Herabsetzung der Annoncensteuer von 18 auf 6 Pf. — die Abschaffung des Halbpennystempels für Zeitungsbeilagen — Herabsetzung der Steuern auf Dienerschaft, Equipagen, Pferde und Hunde (der Ausfall bei diesen 4 zu den assessed taxes gehörigen Klassen würde 290,000 Pf. St. ausmachen.)

Hier folgen nun Bemerkungen des Schatzkanzlers über das Verhältnis der Einnahmszölle, und das Ergebnis derselben ist folgendes: In den Weinszöllen will er vor der Hand Nichts geändert wissen; was die Theezölle aber betrifft, nimmt er den Plan Disraeli's an, reduziert dieselben auf 1 Sh. 10 Pf. bis 1854, auf 1 Sh. 6 Pf. von April 1854 bis 55, auf 1 Sh. 3 Pf. von 1855 bis 56, und auf 1 Sh. von 1856 angefangen. Außerdem schlägt er noch eine Ermäßigung der Zölle in einer langen Reihe weniger bedeutender Artikel vor, und würden diese Zollreduktionen zusammen genommen einen Bruttoausfall von 1,338,000 Pf. St. verursachen, doch berechnet der Schatzkanzler denselben bloß auf 658,000 Pf. St., von der Voraussetzung ausgehend, daß der Verbrauch sich im Verhältnis zur Zollermäßigung steigern, die Quantität der zu verzollenden Artikel somit den Ausfall beinahe zur Hälfte decken werde. Somit ließen sich die vorgeschlagenen Ermäßigungen folgendermaßen zusammenfassen: Altkize-Bruttoausfall 786,000 Pf. St., Nettoausfall 771,000 Pf. St., Stempelgälle-Bruttoverlust 417,000 Pf. St., Nettoverlust 200,000 Pf. St., Postpferde-Brutto- und Nettoverlust 57,000 Pf. St., Zolleinnahmen Bruttoverlust 1,338,000 Pf. St., Nettoverlust 658,000 Pf. St. Stellt man diese vorgeschlagenen Ermäßigungen und andererseits die Erhöhungen tabellarisch zusammen, so ergibt sich: Ueberschuß vom vorigen Jahre 805,000 Pf. St., neuvorgeschlagene Einnahmsquellen 1,344,000 Pf. St., Summa 2,149,000 Pf. St. Verlust durch die neuen Ermäßigungen 1,656,000 Pf. St., zu erwartender Ueberschuß 493,000 Pf. St.

So weit die Berechnung und die Ausichten des Schatzkanzlers für das nächste Verwaltungsjahr. Er geht in seinem Kalkül aber noch weiter, macht darauf aufmerksam, daß im Jahr 1860 die sogenannten long Annuities und ein großer Theil der terminable Annuities (somit eine Jahresausgabe von 2,146,000 Pf. St.) wegfallen, daß dadurch und durch die anderen, berechneten, vermehrten Einnahmsquellen sich ein jährliches Ersparnis von 5,959,000 Pf. St. herausstellen müßte, das dazu verwendet werden könne, um die Einkommensteuer, wie zu Anfang der Rede angedeutet wurde, im Jahr 1860 gänzlich fallen zu lassen (sie bringt bekanntlich jetzt 6,140,000 Pf. St.). Der Redner schließt unter lebhaftem Beifall von allen Seiten des Hauses, das sich bald darauf verlegt.

Auf der Börse hat diese Finanzvorlage einen guten Eindruck gemacht.

### Amerika.

Aus New-York vom 9. d. wird berichtet, das Gerücht, die Expedition nach Japan sei von dem neuen Präsidenten Pierce zurückbeordert worden, sei ungegründet; die Expedition werde ihren Fortgang nehmen. Die Berichte aus Havannah reichen bis zum 29. März. Die Sklavenzufuhren nach Cuba dauerten noch immer fort; seit dem letzten 12. Februar sollen mehr als 3000 Sklaven nach dieser Insel gebracht worden sein. General Santa Anna war, auf dem Wege nach Mexico, am 27. März in Havannah eingetroffen. Er war von seiner Gemahlin und seiner Tochter und den Abgeordneten, welche sich zu ihm begeben hatten, um ihn zur Rückkehr einzuladen, begleitet. Beim Abgange der neuesten Meldungen hatte er bereits seine Reise nach Mexico fortgesetzt.

### Ortsverein für innere Mission.

Freitag Abends 5 Uhr Fortsetzung der Vorträge des Herrn Kirchenrath Hundeshagen. B.855.

B.848. (Literatur.) So eben ist wieder angekommen:

**Das Tischrücken.** Eine Reihe auf-fallender Erscheinungen, welche aus der Einwirkung einer bisher noch unbekanntem Naturkraft hervorgehen sollen, nebst mehreren Wahrnehmungen bei mehreren darüber angestellten Versuchen.

Vierte Auflage. Nürnberg, Bauer u. Raspe. Preis: 6 Fr. Karlsruhe, den 22. April 1853.

G. Braun, Hofbuchhandlung.

B.854. Bei B. S. Verdenfohn in Hamburg ist so eben erschienen und bei A. Bielefeld und G. Braun, Hofbuchhandlung, in Karlsruhe zu haben:

**Der kleine Gärtner,** oder gründliche Anleitung zu Allem, was zur Kultur und Fortpflanzung der Gewächse, besonders der Blumen- und Zierrpflanzen, erforderlich ist. Sowie entdeckte Geheimnisse der überraschenden Blumenkünste. Blumen in allen beliebigen Farben wachsen zu lassen. Von einem alten Gärtner.

Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. 160 Seiten. Eleg. broch. Preis 27 fr.

Inhalt: Gartenanlagen. Von den Erbsarten und Düngungsmitteln. Die Vermehrung der Pflanzen. Von dem Samen. Von den Zwiebelgewächsen und deren Vermehrung. Von den Schößlingen, Wurzelkulturen und Wurzelzertheilungen.

Von den Ablegern. Von den Stecklingen oder Stöpfeln. Von dem Pfropfen und Ouliren der Bäume. Von der Erziehung und Pflege der Pflanzen. Die Spargeltreiberei. Champignon-Beete. Künstliche Sallatreiberei. Künstliche Kartoffel-treiberei. Blumenkünste: Die Kunst, gefüllte Rosen zu erziehen. Weiße Blumen, Kelten, Rosenkroen, mit schwarzer, grüner, oder blauer Farbe wachsen zu lassen. Einfaches Treiben von Blumenzwiebeln in Gläsern. Blumenzwiebeln, besonders Spacintzen, zu treiben, wozu die eine ihre Blüthe unter sich im Wasser, die andere über sich in der Luft entwickelt. Schwimmendes Blumenbeet auf einem Teiche. Abgeschnittene Blumen lange frisch zu erhalten. Wiederbelebung ganz verdorrter Pflanzen oder Pfropfreiser. Zweige von Obstbäumen um Weihnachten in Zimmern blühend zu haben. Musterarten von Nelkenponien und andern Blumenblättern anzulegen. Farbveränderungen der Blumen durch Dämpfe und Flüssigkeit. Anlage einer lebenden Blumenwelt. Einen Obstbaumstamm mitten im Winter zur Blüthe und Frucht zu bringen. Mehrere Sorten Rosen an einem Stock zu erziehen. Rosen später als gewöhnlich, ja selbst im Winter blühen zu lassen. Blumen so auszutrodnen, daß sie ihre natürliche Schönheit behalten. Urnen, Vasen, Gefäße, ja sogar Flaschen oder eine Leiter an-muthig mit lebendem Grün überwachsen zu lassen. Gartenkalender, oder die vornehmsten Gartenarbeiten in den 12 Monaten des Jahres.

### Kurort Haslach.

B.797. [2]. Bad- und Kaltwasser-Heilanstalt Haslach im Kanton Schaffhausen wird mit Anfang des Monats Mai wieder eröffnet.

Die Anstalt hebt unter ärztlicher Leitung. Für gut eingerichtete Logis, für Gelegenheit zur Unterhaltung in Musik, Lectüre, Spiel etc. ist bestens gesorgt.

Nähere Auskunft erteilt, Haslach, den 15. April 1853, Heinrich Waldbogel.

### B.851. Karlsruhe. Seidenraupen-Eier

gebe ich an Seidenzüchter und Liebhaber der Seidenzucht in vorzüglicher, direkt aus Frankreich und Italien bezogener Qualität und in beliebiger Menge mit gewünschter Belehrung gerne ab. Karlsruhe, den 21. April 1853.

### W. Fehrenbach, Revisor,

Adamiestrasse Nr. 22.

### Kapitalgesuch.

B.804. [2]. Ein nachweislich ausgezeichnet guter Zinsräbler sucht 25,000 fl. aufzunehmen. Das Geld ist zur Abtragung einer gleichen Kapitalsumme, wegen höherem Zinsfuß, bestimmt. Die Anzahlung kann je nach Belieben in 3 oder 6 Monaten, auch erst in einem Jahre geschehen. Anträge besorgt die Expedition dieser Zeitung.

A.746. [6]. Karlsruhe. (Bekanntmachung.) An Gemeinden und Privaten, welche in der Lage sind, genügende unterpfändliche Verpfändung in Liegenschaften zu stellen, können Kapitalien in Summen von 1000 fl. und darüber gegen entsprechende Verzinsung fortwährend abgegeben werden.

Die Verlagsheine sind an den Verwaltungsrath der badischen allgemeinen Versorgungsanstalt einzusenden. Karlsruhe, den 31. Januar 1853. Verwaltungsrath.

B.853. Karlsruhe. Von den auf den 1. Februar 1853 zur Heimzahlung verlossten städtischen Amortisations-Kassens-Obligtionen sind noch nicht erhoben worden:

à 300 fl. — Nr. 582, 585, 785. à 100 fl. — Nr. 599.

Hierauf werden die Obligations-Inhaber mit dem Beifügen abermals aufmerksam gemacht, daß vom 1. Februar an kein Zins mehr bezahlt wird. Karlsruhe, den 20. April 1853.

Die städtische Amortisationskassa.

\* Karlsruhe, 21. April. Kommen den Dienstag, den 26. d. M., wird Hr. Musikdirektor Kallmoda im großen Saal des Museums ein Konzert geben. Die Betheiligung der ausgezeichneten Kräfte unseres mit Recht berühmten Pfortschiffers, sowie mehrerer, hier noch nicht gehörten jungen Gesangstalenten, die, aus einer der vorzüglichsten Schulen hervorgegangen, künftig der hiesigen Oper angehören werden, verbürgt einen so interessanten als genussreichen Abend. Der Konzertgeber, auch in weiteren Kreisen als tüchtiger Klaviervirtuose geschätzt, wird sich am genannten Abend selbst in verschiedenen Piecen hören lassen. Wir glauben daher im Interesse aller Freunde der Tonkunst zu handeln, indem wir sie auf die bevorstehenden ausgefüllten Genüsse im voraus aufmerksam machen.

### Neuere von.

\* Die offiziellen Berichte aus Washington stellen die Nachricht von der angeblichen Einnahme von San Juan (Greystown) als eine ächt amerikanische Uebertreibung dar. In Wirklichkeit läuft die Geschichte auf folgendes hinaus: Die amerikanische Transittkompanie fürchtete einen Angriff auf ihre Gebäude von Seiten des Volks oder der Behörden von Nicaragua, mit denen sie wegen ihres Pachtvertrags uneins ist, und wandte sich deshalb an die Regierung in Washington um Schutz. Diese beorderte sogleich die Kriegssloop „Cyane“, unter Kapit. Hollins, zum Schutz der Kompanie ab, und es scheint, daß die Ankunft der Sloop und die Drohungen des Kapit. Hollins vollständig ausreichten, um das Volk von Nicaragua auf friedfertige Gedanken zu bringen. Anfangs hatte die Kompanie die Intervention des britischen Konsuls angerufen, der jedoch den Herren wohlweislich den Rath gab, da sie Amerikaner seien, sich unter den Schutz des Sternennanners zu stellen. Als Kapitän Hollins ankam, hatte er eine Konferenz mit ihm, und erklärte darauf öffentlich, daß er die amerikanische Demonstration für gerechtfertigt halte. Das ist Alles.

Dem amerikanischen Gesandten in Madrid ist es gelungen, die völlige Begnadigung von acht Ungarn, die an der Lopez'schen Expedition gegen Cuba Theil genommen hatten, zu erwirken.

Im englischen Oberhaus kam am 18. d. wieder das Maynoothseminar aufs Tapet. Der Earl v. Winchelsea beantragte die Niederlegung eines Ausschusses, um über das Erziehungs-system daselbst zu berichten. Nach wenig erquicklichen Debatten wurde der Antrag mit großer Mehrheit verworfen.

Soweit sich aus der Ferns beurtheilen läßt, scheint der Ministerwechsel in Holland die Bedeutung einer größeren Energie gegenüber dem Vorfahren des hl. Stuhls in der kirchlichen Organisationsfrage zu haben.

Se. Maj. der König von Schweden hat am 12. d. die (für die Dauer seiner Krankheit eingesetzte) Interimregierung aufgelöst und die Leitung der Staatsangelegenheiten wieder zur Hand genommen.

In Frankfurt ist die Vorbereitung zur Gründung einer Zettel- und Diskontobank getroffen worden. Nach dem dortigen „Journal“ wurde eine Neuerkommission niedergesetzt, um hierüber Vorschläge zu machen.

Der Wiener Korrespondent der „Times“ gibt der Sendung des Grafen Rechberg nach Oberitalien eine größere Bedeutung, als die deutschen Blätter. Er behauptet, der Graf werde in Zukunft als Zivilminister an der Seite des Marschalls Radetzky fungiren. Der Letztere werde die Weisung erhalten, keine irgend wichtige Maßregel ohne die Billigung des ihm beigegebenen kaiserlichen Zivilministers zu ergreifen.

Der Hospodar Gregor Ghika, der aus Ermattung und Melancholie die Regierung hatte niederlegen wollen und sich unter Bestellung einer provisorischen Verwaltung, aufs Land zurückgezogen hatte, ist — den vielseitigen Bitten entsprechend — nach Jassy zurückgekehrt, und dort aufs feierlichste und freudigste empfangen. Durch eine Proklamation vom 22. März alt. St. (3. April) nahm er das Staatsruder wieder zur Hand.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

### B.847. [2]. Karlsruhe. Versteigerung.

Auf dem Bureau der unterzeichneten Stelle werden Montag, den 2. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr, öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigert:

- 1) Ein Exemplar der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 1. Juli 1843 bis zum letzten Dezember 1851;
  - 2) drei Hefen Karlsruher und Freiburger Zeitungen;
  - 3) dreihundert Bände verschiedene Anzeige- und Provinzialblätter;
  - 4) 150 Pfund altes Papier, und
  - 5) zwei Schwarzwälder Uhren.
- Bemerkung wird, daß die Augsburger Allgemeine Zeitung bis auf ganz wenige Nummern vollständig ist, und daß bei uns über die zum Verkaufe kommenden Anzeigen- und Provinzialblätter ein Verzeichniß aufliegt.

Karlsruhe, den 21. April 1853.

Großherzogliche Hofdomänenkammer-Expedition.

B.863. [3]. Karlsruhe. Versteigerung von Delgemälden, Glasmalereien, Antiquitäten und sonstigen Fahrnisgegenständen.

Donnerstag, den 19. Mal, Vormittags 9 Uhr, werden im Saale Nr. 32 a der Balustrade im zweiten Stock Delgemälde der altdeutschen und niederländischen Schule, sowie Heiligenbilder und Schnitzarbeiten in Holz und Eisenstein, welche sich in Kirchen von Landgemeinden eignen, 26 Portraits von deutschen Kaisern und Kurfürsten, Glasmalereien aus den Klöstern Salem, St. Georgen und Alpirsbach, ein Pianoforte von Mahagoniholz, Kaffen, Kommode, Bettladen und sonstige Fahrnisse gegen gleich baare Bezahlung versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Karlsruhe, den 20. April 1853.

Auktionsanstalt von W. Koelle.

